Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis: a) im Anzeigenteil: die Zeile 20 Goldpfennige b) im Reklameteil: die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis: In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung: Friedrich Hans Scheele Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei

Nr. 22 | Dienstag, den 28. Januar 1930 | Jahrgang 102

Moldenhauer zur Finanzlage des Reiches

Der Minister begründet im Reichstag das Zündwarenmonopolgesetz — Annahme des Gesetzes in zweiter Lesung — Erst Schuldentilgung, dann Steuersenkung

= **Berlin**, 28. Jan. In der gestrigen Reichstagssitzung gab Reichsfinanzminister Dr. **Moldenhauer** einleitend einen Ueberblick über die **Geschichte der Zündwarenwirtschaft**, in der der Monopolgedanke seit 1909 immer wieder aufgetaucht sei. Auch der gegenwärtige Rechtszustand habe noch nicht zur Gesundung geführt. Die Zündwarenindustrie sei in ihrem Bestande gefährdet oder von weiterer Ueberfremdung bedroht. Die Zündholzfabrikanten selbst sehen in dem Monopol ein geeignetes Mittel, um die Zündwarenwirtschaft wieder in geordnete Bahnen zu lenken. In der Monopolgesellschaft sei

ein ausreichender Einfluß der deutschen Seite sichergestellt, der Gewinn komme dem Reich zugute.

Der Ausschluß der Einfuhr komme der deutschen Zahlungsbilanz zugute und bringe der Arbeiterschaft **neue Arbeitsmöglichkeiten**. Der Einfluß des Reiches auf die Preisgestaltung sei außerordentlich verstärkt. Für die Genossenschaftsfabriken sei ein befriedigender Interessenausgleich gefunden. Der Minister erklärte dann u. a.: Die Anleihe beträgt 125 Millionen Dollar bei 6 Proz. Verzinsung und 93 Proz. Auszahlungskurs. Sie ist mit 50 Millionen Dollar spätestens sieben Monate und 75 Millionen spätestens sechszehn Monate nach der Verkündung des Monopolgesetzes zahlbar. Es ist der Regierung gelungen, eine fünfzigjährige Laufzeit durchzusetzen und die Tilgung erst vom zehnten Jahre ab beginnen zu lassen. Die Bedingungen sind also nicht ungünstig. Einschließlich der Handelsmonopolmehrgewinne für die Schweden bewegt sich die Effektivverzinsung um 7 Proz.

Der Minister erörterte dann die Frage, ob wir die Anleihe überhaupt brauchen und ging dabei auf

die Kassenlage des Reiches

ein. Er habe bei seinem Amtsantritt das Finanzprogramm der Regierung vorgefunden, das 900 Millionen Steuersenkung für die Wirtschaft vorsah und den 450 Millionen Tilgungsfonds. Der Redner erklärte, daß beide Verpflichtungen erfüllt werden sollen, allerdings müsse die Schuldentilgung das Primäre sein. Die Einnahmen an Steuern seien in den letzten Monaten in einem Maße hinter den Schätzungen zurückgeblieben, daß die ursprüngliche Absicht, das Defizit des Jahres 1928 im Jahre 1929 abzudecken, nicht mehr ermöglicht werden könne. Der normale Kassenbedarf des Reiches entstehe dadurch, daß Geldeingang und Geldausgang sich nicht vollständig anpassen lassen. Der Betriebsmittelbedarf betrage etwa 450 Millionen, von denen 250 Millionen nur zu bestimmten Terminen, 200 aber dauernd die Kasse belasten. Dieser Bedarf erhöhe sich, wenn im ordentlichen Haushalt ein Defizit entstehe oder Anleihen zur Deckung des Extraordinariums nicht aufgenommen werden können. Der Kassenbedarf habe sich Ende Dezember auf 1700 Millionen beziffert, und zwar 800 Millionen ungedecktes Extraordinarium, 450 Millionen normaler Betriebsmittelbedarf, 150 Millionen Fehlbetrag 1928 und 300 Millionen Fehlbetrag 1929. Diesem Bedarf standen nur Deckungsmittel in Höhe von 1370 Millionen gegenüber. **Es ergab sich ein Fehlbetrag von 330 Millionen, der durch einen kurzfristigen Kredit gedeckt werden mußte.** Ende März trete zwar der Fehlbetrag 1929 nicht mehr in Erscheinung, da er durch die Geldersparnisse ausgeglichen werde. Dagegen erhöhe sich das Extraordinarium um 50 Millionen zur Beteiligung an der Preußenkasse und um weitere Darlehen an die Arbeitslosenversicherung, die trotz der Beitragserhöhung seit Januar in diesem Jahre 375 Millionen Kredit beanspruchen werde, wovon erst 150 Millionen in den Etat eingestellt seien. Hinzu kämen 30 Millionen für Stützungskäufe von Reichsanleihen, so daß das Extraordinarium sich bis Ende März auf schätzungsweise 1100 Millionen erhöhe. **Der Kassenbedarf betrage also auch Ende März rund 1700 Millionen.** An Deckungsmitteln stehen 400 Millionen Reichswechsel zur Verfügung, 100 Millionen Betriebskredit bei der Reichsbank, 350 Millionen Ueberbrückungskredit von Ende Dezember, 225 Millionen Bankkredit, 210 Millionen Auslandsbankkredit, 225 Millionen Kredite von Reichsbahn und Reichspost, zusammen also 1510 Millionen, von denen noch 1010 Millionen konsolidiert werden müssen. Da noch 100 Millionen vorhanden sind, ergibt sich **zur Ueberwindung des Märzultimo ein Spitzenbedarf von 60 Millionen**, zu dessen Deckung die erforderlichen Verhandlungen eingeleitet sind. Der Minister gab dann noch einen Ausblick bis Ende Dezember, der aus den Verhandlungen des Haushaltsausschusses bekannt ist, und kam zu dem Ergebnis, **daß die Kreuzeranleihe zur Konsolidierung der Kassenlage unbedingt erforderlich ist.**

*

Die finanziellen Nöte, die Moldenhauer aufdeckte, standen mehr noch als das Zündholzgesetz selbst im Brennpunkt der nachfolgenden **Aussprache**. Mit einem gewissen Wohlbehagen unterstrich der Finanzexperte der Sozialdemokratie, Dr. **Hertz**, das der Sozialdemokratie durchaus in den Kram passende Faktum, daß mit **Steuersenkungen** — er fügte hinzu „irgendwelcher Art" — nicht mehr gerechnet werden dürfe. Auch von den Parteien, die ihm ihre Zustimmung geben wollen, wurde das Kreuzer-Gesetz einer nicht gerade freundlichen Kritik unterzogen. Indessen müssen wir wohl oder übel in den sauren Apfel beißen. **Der Entwurf wurde schließlich mit einigen Abänderungen in zweiter Lesung in der Ausschußfassung angenommen.** Heute hofft man das Gesetz endgültig verabschieden zu können. Dann wird sich der Reichstag abermals vertagen, um abzuwarten, bis die Young-Gesetze verhandlungsreif sind.

Das Liquidationsabkommen mit Polen

Eine umstrittene Einigung

TU. **Berlin**, 28. Jan. Die deutsch-polnischen Vereinbarungen über die Liquidationen vom 31. Oktober 1929, die bekanntlich gleichzeitig mit den Haager Gesetzen dem Reichstag vorgelegt werden sollen, haben folgenden Wortlaut:

„Die letzten Unterredungen zwischen dem deutschen Gesandten und dem polnischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten haben zu folgenden Ergebnissen geführt:

1. Die Reichsregierung und die Regierung der Republik Polen geben die nachstehenden Erklärungen ab, die auf der Haager Konferenz niedergelegt werden und mit dem Inkrafttreten des Youngplanes Gesetzeskraft erlangen sollen:

2. **Die deutsche Regierung erklärt den Verzicht auf alle mit dem Krieg oder dem Friedensvertrag in Zusammenhang stehenden Forderungen finanzieller oder vermögensrechtlicher Art sowohl des Staates wie seiner Staatsangehörigen** (natürlicher oder juristischer Personen) — die wegen irgend eines Vorganges aus der Zeit vor dem Inkrafttreten des Young-Planes unmittelbar oder mittelbar gegen Polen geltend gemacht worden sind oder künftig geltend gemacht werden könnten, einschließlich der Reklamationen, die in besonderen auf solche Vorgänge bezüglichen Abkommen anerkannt sind.

Was die **Forderungen finanzieller oder vermögensrechtlicher Art von seiten Polens**, sowohl des Staates, wie seiner Staatsangehörigen (physischer und juristischer Personen) betrifft, die mit dem Krieg oder dem Friedensvertrag im Zusammenhang stehen und wegen irgendeines vor dem Inkrafttreten des Young-Planes liegenden Vorganges unmittelbar oder mittelbar gegen Deutschland geltend gemacht worden sind, oder künftig geltend gemacht werden könnten, einschließlich der Reklamationen, die in besonderen, auf solche Vorgänge bezüglichen Abkommen anerkannt sind, so erkennt die polnische Regierung die Bestimmungen in Kapitel 9 § 143 des Young-Planes an. — Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 5 dieser Vereinbarungen stellen die gegenwärtigen Erklärungen einen **vollständigen und endgültigen Verzicht** auf die oben erwähnten Reklamationen dar, gleichviel, wer daran beteiligt ist.

3. **Die polnische Regierung erklärt, auf jede Liquidation deutscher Güter, Rechte und Interessen in Polen, die die polnische Regierung auf Grund oder nach Maßgabe der Bestimmungen des Artikel 92 und 297b des Friedensvertrages vorgenommen hat oder vornehmen konnte, zu verzichten, soweit sich diese Güter, Rechte und Interessen am 1. September 1929 noch in der Hand ihrer Eigentümer oder ehemaligen Eigentümer befinden.** Alle Maßnahmen zur Erhaltung des bestehenden Zustandes, die in Verbindung mit den oben erwähnten Liquidationsverfahren getroffen worden sind, verlieren mit dem Inkrafttreten der gegenwärtigen Vereinbarung ihre Wirkung. Die in Rede stehenden Güter werden in den tatsächlichen und rechtlichen Zustand, in dem sie sich befinden, samt den mit ihnen zusammenhängenden Rechten und Vergünstigungen und unter Aufrechterhaltung der bestehenden Lasten freigegeben, ohne daß jedoch für die Kosten und Honorare des Liquidationsverwalters eine Zurückhaltung erfolgen darf."

Des weiteren soll bei entstehenden Streitigkeiten ein Schiedsgericht eingesetzt werden. Die Vereinbarung soll mit der Inkraftsetzung des Young-Planes von den Parteien ratifiziert und in Kraft gesetzt werden.

Tages-Spiegel

Im Reichstag gab Finanzminister Dr. Moldenhauer zur Begründung des Zündwarenmonopolgesetzes eine Übersicht über die Finanzlage des Reiches. Im Anschluß daran wurde das Gesetz in zweiter Lesung angenommen.

*

Die Haager Abkommen sind am Montag dem Reichsrat zur Beratung zugeleitet worden.

*

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichsrats berichteten die Minister Curtius und Wirth über die Haager Verhandlungen.

*

Der Kanzler hat die Führer der Koalitionsparteien einberufen, um mit ihnen das neue Reichsbankgesetz zu besprechen. Mit Ausnahme der Sozialdemokraten wünscht keine Partei jetzt den Rücktritt Schachts.

*

Die deutsch-polnischen Vereinbarungen über die Liquidation werden nunmehr bekanntgegeben.

*

Die Koalitionsverhandlungen in Preußen sind bisher noch nicht zum Abschluß gekommen.

*

Die Verhandlungen über die Rückgliederung des Saargebietes begegnen immer noch ernsten Schwierigkeiten von französischer Seite.

*

In Linz kam es zwischen Heimwehrleuten und Sozialdemokraten zu einer fürchterlichen Schlägerei, in deren Verlauf zahlreiche Heimwehrleute übel zugerichtet wurden. Die Zahl der Leichtverletzten ist auf beiden Seiten sehr groß. Die Polizei konnte nur mit Mühe die Ordnung wieder herstellen.

Die Haager Abkommen vor dem Reichsrat

TU. **Berlin**, 28. Jan. Dem Reichsrat sind gestern die Haager Abkommen und die dazugehörigen Anlagen zugeleitet worden. Es handelt sich noch nicht um einen Gesetzentwurf, sondern nur um einen **Abdruck der Abkommen der Haager Konferenz** und der Sonderabkommen mit Belgien und den Vereinigten Staaten sowie der Liquidationsabkommen mit Belgien, Polen, Großbritannien, Frankreich, Kanada, Australien, Neuseeland und Italien. Der Abdruck der gesamten Abkommen umfaßt 120 Druckseiten. Der Reichsrat ist sofort in die Beratung dieser Fragen eingetreten.

Die Vollsitzung des Reichsrates zur Verabschiedung des Gesetzes ist für Samstag den 1. Februar in Aussicht genommen. Wenn der Reichsrat am 1. Februar den Youngplan erledigt haben wird, wird die erste Lesung dieses Gesetzgebungswerks im **Reichstag** am 5. und 6. Februar erfolgen. In der darauffolgenden Zeit werden die Vereinigten Ausschüsse für den Haushalt und die auswärtigen Angelegenheiten den Youngplan vorbereiten, so daß die zweite und dritte Lesung am 14. und 15. Februar stattfinden kann.

Curtius und Wirth vor dem Auswärtigen Ausschuß.

Unter Vorsitz des Reichsaußenministers Dr. **Curtius** trat gestern der Auswärtige Ausschuß des Reichsrats zusammen, um über die Ergebnisse der Haager Konferenz zu beraten. Reichsaußenminister Dr. **Curtius** und Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. **Wirth** erstatteten eingehend Bericht. In der Aussprache, an der sich u. a. der bayerische Ministerpräsident Dr. **Held**, der württembergische Staatspräsident Dr. **Bolz**, der sächsische Gesandte Dr. **Gradnauer** u. der badische Staatspräsident Dr. **Schmitt** beteiligten, wurden verschiedene Fragen aufgeworfen, die in längeren Ausführungen durch die anwesenden Reichsminister beantwortet wurden. Der Auswärtige Ausschuß des Reichsrats beschloß, unter Verzicht auf die Einhaltung der üblichen Einlassungsfrist, die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats bereits zum Freitag dieser Woche einzuberufen, um zu dem gesamten Vorschlagswerk über den Youngplan Stellung zu nehmen.

Dr. Schacht bleibt Reichsbankpräsident.

Wie die VZ. mitteilt, hat der Reichskanzler die Führer der Koalitionsparteien gestern zusammenberufen, um mit ihnen über die Umänderung des Reichsbankgesetzes zu verhandeln. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß durch das neue Reichsbankgesetz Übergriffe des Reichsbankpräsidenten in die Kabinettspolitik in Zukunft unmöglich gemacht werden. Der Wunsch besteht, den Reichsbankpräsidenten nur auf die Bankpolitik zu beschränken und ihm keine Möglichkeit zu geben, in politische Fragen einzugreifen. Mit Ausnahme der Sozialdemokraten herrscht aber auch Einigkeit darüber, daß Schachts Rücktritt jetzt vermieden werden soll.

Der sozialistische Pressedienst schreibt: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion würde sich vorbehalten müssen, ein Initiativgesetz zur Abänderung des Reichsbankgesetzes einzubringen. Auf jeden Fall aber habe sie ihre Pflicht erfüllt und rechtzeitig gewarnt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Wehrminister Gröner zur Seeabrüstung

Reichswehrminister Groener hat einem amerikanischen Pressevertreter eine Unterredung über die Frage der Abrüstung und insbesondere über die Stellung Deutschlands zur Seeabrüstung und zur Londoner Konferenz gewährt. Eingangs wies Groener darauf hin, daß Deutschland bei jeder Gelegenheit seine Bereitwilligkeit ausgesprochen habe, alle Maßnahmen, die einer wirksamen Abrüstung dienen könnten, soweit es in seinen Kräften stehe, tatkräftig zu unterstützen. Dieser Standpunkt gelte gleichermaßen für die Land- wie für die Seeabrüstung. Daraus sei zu entnehmen, daß Deutschland auch allen Bestrebungen zu einer Seeabrüstung zu kommen, die wärmsten Sympathien schenke, obgleich es an der Londoner Konferenz nicht unmittelbar mitwirke. **Deutschland habe in loyaler Erfüllung des Versailler Vertrages abgerüstet.** Die bisherigen Ergebnisse in Genf seien wenig ermutigend. Der Einzige bis jetzt greifbare Erfolg sei der Initiative der Vereinigten Staaten zu danken, nämlich das Washingtoner Abkommen über den Schlachtschiffbau. In dem Bestreben nach Abschaffung der U-Boote sehe er eine logische Folgerung aus der Präambel des Versailler Vertrages. Auf die Frage, welche Bedeutung die deutschen Kriegsschiffbauten für die Seeabrüstung hätten, erwiderte Groener, daß unsere Flotte durch den Vertrag von Versailles deshalb radikal abgerüstet worden sei, um eine allgemeine Beschränkung der Rüstungen aller Nationen einzuleiten. Deutschland baue jetzt Kriegsschiffe nur deshalb neu, um die alten Schiffe zu ersetzen, die schon aus Gründen der Sicherheit nicht mehr für längere Zeit verwendet werden könnten. Jedes Schlachtschiff anderer Seemächte sei dem neuen Panzerschiff an Größe und Gefechtskraft mindestens um das Doppelte überlegen. Auch unsere neuen kleinen Kreuzer seien den kleinen Kreuzern der Seemächte unterlegen. **Es sei irreführend, wenn man unseren Panzerschiffbau mit den 10 000 Tonnen-Kreuzern der Mächte vergleiche,** die den Vertrag von Washington unterschrieben hätten. Denn das Panzerschiff habe als die einzige schwere Schiffsklasse der deutschen Marine natürlich ganz andere Aufgaben als die Kreuzer der anderen Nationen. Bei einem Vergleich mit den Schiffsklassen anderer Mächte ergebe sich, daß die deutsche Flotte die Abrüstungsbestrebungen der Londoner Konferenz in keiner Weise stören könne, da sie den Flotten der dort verhandelnden Seemächte weit unterlegen sei. Was nun die Stellung Deutschlands zur Frage der Freiheit der Meere angehe, so halte Deutschland an der seit mehr als einem Jahrhundert von den Vereinigten Staaten vertretenen Auffassung fest, daß die Sicherheit der neutralen Handelsschiffahrt im Kriege gewährleistet werden müsse. Die Botschaft des Präsidenten Hoover an das amerikanische Volk am 11. Jahrestage der Beendigung des Weltkrieges habe wieder eine wirklich positive Anregung zur Frage der Freiheit der Meere gebracht. Der Gedanke, daß Nahrungsmittelschiffe in Kriegszeiten genau so unverletzlich sein sollten wie Hospitalschiffe, habe in Deutschland, das wie kaum ein anderes Land die Wirkungen der Hungerblockade und ihre Folgen auch für Frauen und Kinder gespürt habe, weitgehendste Sympathie gefunden.

*

Keine politischen Bindungen der Vereinigten Staaten in London.

In Kreisen des amerikanischen Staatsdepartements wird nach Meldungen aus Washington trotz des langsamen Fortschritts der Arbeiten der Londoner Flottenkonferenz ein optimistischer Grundton. Das Ergebnis der politischen Besprechungen in London wird, wie man in Washington erwartet, Amerika in keiner Weise berühren, da die amerikanische Abordnung sich nur auf ein Abkommen in Flottenfragen, jedoch auf keinerlei politische Bindungen einlassen werde.

Nachtragsforderungen zum Reichshaushalt 1929

Der Börsenkurier veröffentlicht Einzelheiten über die Nachtragsforderung der Reichsministerien. Das Auswärtige Amt fordert, wie das Blatt meldet, zur Förderung des deutschen Nachrichtenwesens im Ausland 500 000 Mark, für Unterstützung und Beihilfen für Deutsche im Ausland 300 000 Mark und für außerordentliche Ausgaben, insbesondere für die politischen Konferenzen noch 170 000 Mark im Nachtragsetat an. Im Nachtrag zum Haushaltsetat des Reichsinnenministeriums werden 400 000 Mark angefordert, die zur Aufklärung der Bevölkerung über das Volksbegehren „Freiheitsgesetz" infolge besonderer Maßnahmen der Reichsregierung erforderlich geworden sind. **Für die Durchführung des Volksbegehrens „Freiheitsgesetz" werden 600 000 Mark angefordert und für die Durchführung des 2. Volksentscheids 2,1 Millionen Mark.**

Außerordentlich umfangreich sind die Nachforderungen zum Haushalt des Reichsarbeitsministeriums. Sie belaufen sich im ordentlichen Haushalt auf 171 Millionen und im außerordentlichen Haushalt auf 222,5 Millionen Reichsmark. Als Reichsbeitrag zur Invalidenversicherung werden 22,5 Millionen nachgefordert. Die Beträge für die lex Brüning sind im ordentlichen Haushalt statisiert und mit 75 Millionen für knappschaftliche Pensionsversicherung und mit 50 Millionen für den Ausbau der Invalidenversicherung in Ansatz gebracht. Für die **Krisenfürsorge** werden für das Jahr 1929 30 Millionen nachgefordert. Der im Haushalt für 1929 eingesetzte Betrag von 120 Millionen reichte nicht aus, um die Krisenunterstützung in dem Umfang, wie er durch die Lage des Arbeitsmarktes bedingt ist, bis zum Schluß des Rechnungsjahres durchzuführen. Die Zahl der Krisenunterstützten betrug in den Sommermonaten noch rund 166 000. Nach der vorläufigen Abrechnung sind von den Haushaltsmitteln bis zum 31. Dezember rund 102 Millionen verbraucht. **Der noch erforderliche Gesamtaufwand wird auf 41,2 Millionen geschätzt.** Für die Arbeitslosenversicherung sind dann im außerordentlichen Etat noch **222,5 Millionen** Mark angefordert.

Im Haushalt des Reichswehrministeriums werden nachgefordert 757 000 Mark zur Deckung von Kassenfehlbeträgen, die in dem Zeitraum seit 1924 entstanden sind. Es wird im Etat dabei eine Übersicht gegeben, aus der hervorgeht, daß im Laufe der Jahre die Reichswehr durch Unterschlagungen schwer geschädigt worden ist. So hat der Obersekretär Martin beim Heereswirtschafts- und Rechnungsamt in Berlin den Staat um rund ½ Million Mark betrogen, der Obersekretär Rötig um 125 000 Mark. Die Nachtragsforderungen der Marine belaufen sich auf insgesamt 3,3 Millionen. Darin sind enthalten für die Beschaffung eines Tankschiffes für Ölbunkerung 3,2 Millionen Mark.

Der Etat des Reichsverkehrsministeriums weist rund **11 Millionen für die wirtschaftliche Umstellung der Luftfahrtindustrie und zur Förderung des Luftverkehrs** auf außereuropäischen Strecken auf. Für den Rhein-Weser-Kanal werden 3,6 Millionen Mark nachgefordert. Im Etat des Reichsfinanzministeriums wird mitgeteilt, daß das Reichsentschädigungsamt für Kriegsschäden zum 31. März 1930 aufgelöst wird.

Wiederbeginn der Saarverhandlungen

TU. **Paris**, 27. Jan. Zu Beginn dieser Woche findet erneut eine Zusammenkunft zwischen Staatssekretär von Simson, dem Leiter der deutschen und dem Minister für öffentliche Arbeiten, Pernot, dem Leiter der französischen Saarabordnung, statt, die als Fortsetzung der Besprechung vom 21. Januar zu betrachten ist. Eine Reihe von leitenden Persönlichkeiten der beiden Abordnungen werden dieser Zusammenkunft beiwohnen, der eine besondere Bedeutung beizumessen ist.

Kommunistische Propaganda im französischen Heer

TU. **Berlin**, 27. Jan. Nach einer Meldung des „Montag" aus Paris ist die Polizei im Zusammenhang mit der Verhaftung des Kommunisten Beucher wegen Aufreizung von Soldaten zum Ungehorsam einer umfangreichen kommunistischen Organisation auf die Spur gekommen, die den gesamten Osten Frankreichs umfaßt und der Verbreitung antimilitaristischer Propaganda dient. Fünf Soldaten des 12. Artillerieregiments in Hagenau — keine Elsässer, sondern Pariser — und eine Zivilperson in Nancy wurden verhaftet.

Indiens Freiheitskampf

Beginn des passiven Widerstandes.

Wieder schlagen die Wellen der nationalen Erregung in Indien hoch. Die Lage ist äußerst kritisch. Im ganzen Land wird von den Nationalisten, den Studenten und der Jugend der Tag der Unabhängigkeit Indiens gefeiert. Die nationalistische Flagge wird überall gehißt und große Propagandareden werden gehalten. Gleichzeitig beginnt die von dem Kongreß in Lahore unter Gandhis Führung festgelegte Campagne des passiven Widerstandes gegen die Regierung und der Steuerverweigerung. An sämtlichen öffentlichen Plätzen Indiens wird in Hunderten von Sprachen und Dialekten des Landes ein Aufruf angeschlagen, den man als eine Art Unabhängigkeitserklärung bezeichnen darf. Darin wird das unveräußerliche Recht des indischen Volkes auf seine Freiheit und auf Bekämpfung jeder Regierung, die diese Freiheit untergräbt, festgestellt. Es heißt dann weiter: „Die britische Regierung in Indien hat das indische Volk nicht nur der Freiheit beraubt, sondern sich bis zur Ausbeutung der Massen erniedrigt. Sie hat Indien wirtschaftlich, politisch, kulturell und geistig ruiniert und deshalb glauben wir, daß Indien seine Verbindung mit Britannien trennen und die politische Unabhängigkeit anstreben muß."

Der große Ernst der augenblicklichen Zustände hat den Vizekönig veranlaßt, vor der Legislative in Neudelhi eine wichtige politische Rede zu halten. Er beantwortete die Drohung mit einer Gegendrohung. Er werde den Extremisten gegenüber das vollkommene Maß der Verantwortung, die er und seine Regierung für die Aufrechterhaltung der Autorität des Gesetzes und die Erhaltung von Frieden und Ordnung trage, anzuwenden wissen. Gleichzeitig kündigte er an, daß die indische Verfassungskonferenz im Herbst in London zusammentreten werde.

Die englische Verwaltung in Indien hat nach Berichten aus Bombay bedeutsame Verschwörungen aufgedeckt. Im nördlichen Teil von Bombay wurde eine Fabrik für die Herstellung von Bomben gefunden, die im Dienst einer über ganz Indien ausgedehnten Verschwörung gestanden haben soll. Im Zusammenhang hiermit sind 13 Personen verhaftet worden. Die Polizei hat nach Entdeckung der Fabrik in einem ganzen Viertel im Norden von Bombay Haussuchungen veranstaltet und auch hierbei Geräte für die Herstellung von Bomben, Schießbaumwolle, Explosivstoffe und eine Anzahl von Dolchen gefunden. Wie verlautet, deuten eine Anzahl aufgefundener Dokumente und Flugblätter darauf hin, daß für die Durchführung von Gewaltakten gegen die britische Verwaltung eine ganz Indien umfassende Verschwörung besteht.

Labrador ist zu verkaufen

Kaufpreis: 1200 Millionen Mark.

TU London, 27. Jan. Der Finanzminister von Neufundland gab in Bestätigung früherer Mitteilungen amtlich bekannt, daß die neufundländische Regierung beabsichtige, Labrador an Kanada zu verkaufen, für das gesamte Gebiet wird ein Preis von 1200 Millionen Mark gefordert. Die Besitzrechte für Labrador waren erst im vergangenen Jahr durch den englischen Staatsrat endgültig Neufundland zugesprochen worden, wodurch ein fast hundertjähriger Rechtsstreit sein Ende gefunden hatte.

Aus aller Welt

Geheimnisvolle Entführung eines Kindes.

In Zerbst erschien während des Vormittagsunterrichts in der Schule I eine Frau, die angab, auf Wunsch der Eltern den achtjährigen Schüler Hans Jürgens Raschke nach Hause abzuholen, da Besuch angekommen sei. Wie von Augenzeugen festgestellt wurde, bestieg die Frau mit dem Kinde ein bei der Schule haltendes Auto und fuhr davon. Seitdem sind die beiden Personen vermißt. Wie festgestellt wurde, hat die Frau sich in der Pause auf dem Schulhof nach dem Namen des Jungen bei Mitschülern erkundigt und dann den Lehrer zur Freilassung des Kindes veranlaßt. In einer dunklen, geschlossenen Limousine mit dem Zeichen III (Württemberg), gesteuert von einem Chauffeur, ist das Kind entführt worden. Die Polizei nahm sofort eifrigste Nachforschungen auf, ohne daß bis jetzt eine Spur entdeckt werden konnte.

Etappenflug von Deutschland nach Südamerika.

In Dessau sind die beiden bolivianischen Fliegeroffiziere, Hauptmann Lutzagu und Hauptmann Horacio Vacquez, in Begleitung des Junkers-Piloten Kneer, der auch die Expedition nach Afghanistan mitgeführt hat, zu einem Etappenflug nach Südamerika aufgestiegen. Die erste Etappe wird bis Paris durchgeführt.

Unterschlagungen bei der Spar- und Darlehenskasse Westerholt.

Bei der Aufstellung der Jahresbilanz der Spar- und Darlehenskasse Westerholt bei Buer sind umfangreiche Unterschlagungen festgestellt worden. Es handelt sich um einen 24 Jahre alten Kassengehilfen aus Langenbochum, der bereits seit 10 Jahren bei der Kasse als Kassengehilfe tätig war, der seit dem 5. März vorigen Jahres fortgesetzt Beträge veruntreut hat. Da er die Fälschungen in äußerst raffinierter Weise vornahm, konnte er die Veruntreuungen ständig fortsetzen. Bei der Aufstellung der Jahresbilanz entdeckte man plötzlich eine Unstimmigkeit in Höhe von 800 Mark. Die nunmehr vorgenommene Prüfung und die umfangreichen Untersuchungen haben ergeben, daß insgesamt 62 350 RM unterschlagen sind.

Schweres Straßenbahnunglück in Stettin.

In Stettin sprang ein vollbesetzter Straßenbahnwagen an der Ecke der Post- und Blumenstraße in der Kurve aus den Schienen. Da sich der Wagen in großer Geschwindigkeit befunden hatte, wurde er mit voller Gewalt gegen die Hauswand geschleudert und vollständig zertrümmert. Nach den bisherigen polizeilichen Feststellungen sind bei dem furchtbaren Unglück insgesamt **5 Menschleben zu beklagen.** Während zwei Personen sofort tot waren, verstarben drei weitere bald darauf im Krankenhaus. Außer diesen 5 Todesopfern forderte das Unglück noch 21 Verletzte, bei denen es sich zum größten Teil um Frauen handelt. Nach dem Unglück wurde sofort die Feuerwehr benachrichtigt, die den Wagen heben mußte. Die Toten, die schwer verstümmelt waren, sind größtenteils zwischen Wagen und Hauswand erdrückt worden.

Folgenschweres Unglück in einer italienischen Kirche.

In der Hafenstadt Bari ereignete sich ein folgenschweres Unglück in der Kirche zum Hl. Nikolaus, an deren Ausbesserung zur Zeit gearbeitet wird. Ein über dem Altar des Heiligen befindliches Baugerüst stürzte unversehens zusammen und begrub sieben Arbeiter unter den Trümmern. Bei den Rettungsarbeiten konnte einer nur als Leiche geborgen werden. Ein Arbeiter erlitt einen Schädelbruch und starb an dessen Folgen. Die übrigen fünf Arbeiter sind mehr oder weniger schwer verletzt.

Schwierige Lage der Byrd-Expedition.

Die Südpol-Expedition Byrd befindet sich in schwieriger Lage. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Expedition ein ganzes Jahr lang in ihrem Hauptquartier in Klein-Amerika festgehalten wird. Das Flaggschiff „Stadt Newyork" hat erst den Rand des Packeises erreicht. Der Zustand des Eises verhindert jedoch einen Durchbruch nach Klein-Amerika. Die Expeditionsleitung hat nunmehr die Washingtoner Regierung aufgefordert, in Zusammenarbeit mit Norwegen die in der Roß-See anwesenden Walfischfänger zu beauftragen, Klein-Amerika anzulaufen, um die gesamte Expedition zurückzuholen. Sie meldete, daß die Hilfsschiffe spätestens bis zum 5. Februar in der Nähe des Expeditionslagers eintreffen sollten. Innerhalb von 14 Tagen müßten alle Expeditionsteilnehmer abgeholt sein, da sonst keine Gewähr für freie Durchfahrt mehr bestehe. Die Vorräte sind bereits recht knapp geworden und es steht zu befürchten, daß bei einer Überwinterung Nahrungsmittelmangel eintreten würde. Wegen der starken Eismauern könne das Hilfsschiff „Stadt Newyork" nur mit Hilfe größerer Schiffe durchkommen.

Fährschiffunglück auf dem Victoriasee.

In der Nähe von Kigale in Ruanda (Afrika) ist ein Fährschiff auf dem Victoriasee gesunken. Die Passagiere wurden ins Wasser geschleudert und sind, ohne wieder aufzutauchen, verschwunden. Wie man befürchtet, ist die Gegend von Krokodilen verseucht, die oft in ganzen Schwärmen in der Nähe der Unglücksstelle auftauchen. Die Unglücksstelle stellt die Hauptverbindungslinie der Fährboote zwischen Uganda und Ruanda dar. Bei dem Unglück sind 13 Personen, darunter ein Europäer, ums Leben gekommen.

Ein Massenmörder in der Stadt Mexiko.

In der Stadt Mexiko treibt seit einiger Zeit ein Vampyr sein Unwesen. Seine Mordtaten erinnern an die des Düsseldorfer Mörders, doch sind seine Opfer im Gegensatz zu denen des Düsseldorfers stets Männer. Mit einem großen Messer schneidet er ihnen die Kehlen bis auf den Halswirbel durch. Im vergangenen Monat wurden mehrere Arbeiter, die auf diese Weise ermordet wurden, in den verschiedensten Stadtteilen aufgefunden. Man nimmt an, daß es sich um einen Geisteskranken handelt, der aus einer etwa 10 Kilometer entfernten Irrenanstalt entwichen ist.

Kommunistische Wegelagerer überfallen Kraftwagen

TU. **Berlin**, 27. Jan. Ein fast unglaublicher Vorfall hat sich, wie der „Montag" berichtet, am Sonntag nachmittag auf der Chaussee zwischen Cöpenick und Müggelheim ereignet. Eine Bande von Kommunisten hielt etwa ein Dutzend durchfahrende Autos an und bombardierte sie so lange mit Steinen, bis die Fenster in Trümmer gingen und die Wagen schwere Beulen und Risse erhielten. Mehrere Autofahrer wurden durch Steinwürfe leicht verletzt. Einem der Fahrer gelang es schließlich, bis Cöpenick durchzukommen, wo er das Überfallkommando alarmierte. Die Polizei nahm neun von den Wegelagerern, darunter zwei Frauen, fest. Es handelt sich um die Mitglieder einer kommunistischen Jugendorganisation.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Aus Stadt und Land

Calw, den 28. Januar 1930.

Obstbaubesichtigung und -vortrag in Gechingen.

Vergangene Woche fand in Gechingen eine allgemeine Besichtigung der Obstanlagen durch Oberamtsbaumwart Widmann-Calw statt, wobei in manchem Obstgütle Mängel und Schäden entdeckt und Bescheid erteilt wurde, wie dieselben behoben werden können. Unter den zufriedenstellenden Anlagen fanden besonders die Bäume von Kirchengemeinderat Ludw. Breitling im Gewand „Streitberg" Lob und Anerkennung; diese Anlage wurde als Musterobstgarten bezeichnet. Im Anschluß an die Besichtigung hielt Oberamtsbaumwart Widmann im Gasthaus z. „Adler" einen belehrenden Vortrag über Pflege, Düngung, Ertragssteigerung der Obstbäume und Sortenwahl und erteilte auf verschiedene Anfragen bereitwilligst Auskunft.. Schultheiß Schmidt hatte die Versammlung mit einer Ansprache eröffnet. Alle für eine rentable Obstbaupflanzung und Obstbauzüchtung notwendigen Bedingungen wurden vom Oberamtsbaumwart erschöpfend behandelt. Zusammenfassend kam er zu dem Schluß: Qualitätsobst könne nur da erzeugt werden, wo Umsicht, Pflege und Sortenwahl Hand in Hand gehen. Auch der Verpackung des Obstes empfahl er mehr Aufmerksamkeit, ebenso wie sorgfältiger Sortierung in reinlichen Körben. Schließlich wies er noch auf die Schädlingsbekämpfung durch Anbringen von Klebgürteln und das unerläßliche Bespritzen der Obstbäume hin, wobei er der Gemeinde die Beschaffung einer Motorbaumspritze empfahl. Schultheiß Schmidt dankte dem Redner für seinen lehrreichen Vortrag und schloß die Versammlung. Jedermann ging, an Erfahrung reicher geworden, befriedigt nach Hause.

Familienabend des Hausfrauenvereins Gechingen.

Letzten Sonntag hielt der Hausfrauenverein Gechingen im Saale des Gasthofs „Zum Hirsch" einen sehr gut besuchten Familienabend ab. Die Vorsteherin Frau Kathr. Weiß hielt eine herzliche Ansprache an die anwesenden Mitglieder und Ehrengäste. Dann wurden Gedichte unserer Dichterin Frl. Tilly Jäger durch Frl. Käthe Wuchter vorgetragen. Für den leiblichen Genuß war in reicher Fülle gesorgt, ebenso wie für Unterhaltung durch ein abwechslungsreiches Programm: Gedichte wurden vorgetragen von Frl. Hilde Dürr, Else und Hedwig Bantel, Lore Weiß, Mathilde und Helene Schwarz. Besonders anziehend waren zwei Reigen: „Das Wandern ist des Müllers Lust" und „Dort drunten in der Mühle". Auch das Couplet „Alte heiratslustige Jungfern", vorgetragen durch Paula Schwarz und Gertrud Quinzler, fand reichen Beifall. Großen Beifall fand dann ein von den Frln. Mörk, Weiß, Schaible, Schwarz aufgeführtes Theaterstück, dessen Wiedergabe sich durch naturgetreues Spiel auszeichnete. Nicht zu vergessen sind daneben die zahlreichen humorvollen Gedichte, welche schließlich von Käthe Wuchter vorgetragen wurden, insbesondere regte das Gedicht „Der Flieger Scheumann" die Lachmuskeln an, eine Begebenheit behandelnd, die sich vor 100 Jahren im benachbarten Stammheim abspielte. Frau Förster Dürr dankte zum Schluß des schönen Abends der Vorsteherin sowie allen mitwirkenden Damen für dessen Gelingen. Nach dem gemeinsamen Gesang „Im schönsten Wiesengrunde" wurde der in allen seinen Teilen wohlverlaufene Abend beschlossen.

Gauversammlung des Verbandes der Gewerbevereine des nördlichen Schwarzwaldes.

In Nagold tagte am Sonntag die Gauversammlung des Verbandes der Gewerbevereine des nördlichen Schwarzwaldes im Gasthof z. Löwen. Der Vorsitzende, Herr Drißler-Freudenstadt, begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder, insbesondere Stadtschultheiß Maier-Nagold. Anschließend gaben Schriftführer und Kassier ihre Berichte. Dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß sich die Kasse in einem erfreulichen Zustand befindet. Die Statuten sollen einer Nachbearbeitung unterzogen werden. In der Besetzung des Vorstands-, Schriftführer- und Kassierpostens soll fernerhin eine Aenderung dahingehend eintreten, daß ein Wechsel nicht wie bisheriger Uebung gemäß unbedingt alle 2 Jahre mit der Verlegung des Gauortes eintritt, sondern, der steteren Geschäftsführung wegen, die Möglichkeit einer längeren Amtung gegeben ist. In der daraufhin vorgenommenen Wahlhandlung wurde Herr Herm. Kapp-Nagold zum Vorstand bestimmt. Die Geschäfte des Gau-Schriftführers wurden Herrn E. Schuster und die des Gau-Kassiers Herrn E. Rentschler, beide von Nagold, übertragen. Dem Landesausschuß gehören satzungsgemäß 3 Delegierte des Gaues an. Es sind dies die Herrn Schmieder-Baiersbronn, Essig-Calw und Neule-Neuenbürg. Als Stellvertreter wurden die Herren Kern-Pfalzgrafenweiler, Weimer-Höfen und Helber-Haiterbach gewählt. Zur Annahme des Amtes eines 2. Gauvorsitzenden hat sich Herr Riethammer-Herrenberg bereit erklärt. U. a. wurde auch ein Antrag des Herrn Kapp-Nagold an die Landesversammlung wegen Wahlrechtsreform zum Württ. Landtag durchgesprochen und zur Weitergabe angenommen.

Um den Sitz des Arbeitsamts Nagold.

Die Stadtverwaltung Freudenstadt hat bekanntlich den Versuch unternommen, die Verlegung des Arbeitsamts Nagold nach Freudenstadt zu erwirken. Nagold wehrt sich begreiflicherweise hiergegen und stützt sich hierbei auf seine zentrale Lage, während man in Freudenstadt folgende Begründung gibt: Es besteht darüber kein Zweifel, daß das Oberamt Freudenstadt den Hauptteil des Arbeitsanfalls beim Arbeitsamt Nagold trägt, sowohl was die Stellenvermittlungen hauptsächlich für die Hotelindustrie, wie die Betreuung der Arbeitslosen betrifft. Und es entspricht nur dem Grundsatz vernünftiger Verwaltungspraxis, daß der Hauptsitz einer Verwaltung dort errichtet wird, wo das Schwergewicht der anfallenden Arbeiten liegt. Und das ist Freudenstadt und nicht Nagold. Es muß jedermann einleuchten, daß wenn der Bezirk Freudenstadt allein mehr Arbeitslose aufweist als die anderen Oberämter zusammen und wenn man außerdem in Betracht zieht, daß sämtliche Anträge in Nagold bearbeitet werden, so ist unausbleiblich, daß viele unnütze Schreibarbeit verrichtet werden muß, und es ist weiter nicht verwunderlich, daß die Erledigung der Anträge in vielen Fällen sich außerordentlich verzögert. Tatsache ist, daß die Arbeitslosen vier und sechs Wochen und oft noch länger auf die erste Unterstützung warten müssen. — In Nagold erwartet man nun auf eine Erklärung seitens des Amtes über die Stichhaltigkeit der angeführten Beschwerden.

Verhängnisvoller Streit.

In Dillweißenstein ereignete sich am Sonntag früh ein verhängnisvoller Streit. Zwei verheiratete Einwohner von Unterreichenbach, die Händler M. und N., gerieten in der Nähe des Rathauses in Weißenstein mit dem Kaufmann W. in Dillweißenstein in Wortwechsel. Dabei schlug man mit dem Stock auf einander ein. Ein in der Nähe befindlicher Dillweißensteiner, der 23jährige Mechaniker N., kam W. zu Hilfe und soll dabei M. einen Stoß in den Rücken versetzt haben, so daß M. gegen die Mauer des Hauses 223 neben dem Rathause taumelte und sich eine schwere Schädelverletzung zuzog. Man brachte M. nach der Polizeiwache, wo er aber bald nach seiner Einlieferung starb. Er ist 30 Jahre alt und hinterläßt drei Kinder. N. wurde festgenommen.

Nagold, 27. Jan. In einer in der letzten Woche abgehaltenen Versammlung wurde an Stelle des verstorbenen Herrn Rechtsanwalts Huber Herr Studienrat Grau zum Vorsitzenden der Ortsgruppe Nagold der Deutschen Volkspartei gewählt.

SCB. **Pforzheim**, 27. Jan. Als gestern früh mehrere Personen aus Ispringen sich durch den Hohbergwald auf dem Wege nach Dürrn befanden, entdeckten sie nahe am Ende des Waldes, bei der Bauschlotter Straße, etwas abseits des Waldwegs, die Leiche einer etwa 25jährigen weiblichen Person. Die Aufgefundene hatte sich anscheinend durch Gift das Leben genommen, da neben der Leiche ein Fläschchen lag.

SCB. **Klosterreichenbach**, OA. Freudenstadt, 27. Jan. Zwei Knaben im Alter von 6½ und 10 Jahren gerieten miteinander in Streit, wobei der Ältere einen Stein nach dem Jüngeren warf und diesen so unglücklich an den Hinterkopf traf, daß er bewußtlos vom Platze getragen werden mußte. Der Bedauernswerte ist nun letzte Nacht seinen schweren Verletzungen unter qualvollen Schmerzen erlegen.

SCB **Sindelfingen**, 27. Jan. Im Gemeinderat wurde ein Statut genehmigt betr. den Verkauf von abgeholzten Bauplätzen in der Nähe der Blockstation bei Mönchsbrunn. Es soll dort eine Art Waldstadt errichtet werden. Das Statut unterliegt aber noch der Genehmigung des Bezirksrats und der staatlichen Forstbehörde.

SCB **Stuttgart**, 27. Jan. Am Samstag abend stürzte aus dem 2. Stock eines Hauses der Eberhardtstraße ein etwa 65jähriger Mann ab. Die Glocke seiner Wohnung war von der Straße aus in Tätigkeit gesetzt worden. Der Mann sah vom Balkon seiner Wohnung aus nach, wer geläutet hatte. Da er niemand bemerken konnte, beugte er sich noch weiter vor, um besser sehen zu können. Dabei bekam er das Uebergewicht und stürzte ab. Er war sofort tot.

SCB. **Kornwestheim**, OA. Ludwigsburg, 27. Jan. Gestern abend hielt der Evang. Männer- und Jünglingsverein seinen jährlichen Familienabend ab. Der neue Gemeindesaal im „Schwanen" konnte die Erschienenen kaum fassen. Beim zweiten Teil einer Aufführung gellte der Ruf „Feuer" durch den Saal. Ängstliche Schreie, Stuhlrücken. Lichterloh brannte der hintere Bühnenvorhang und die Kulissen nieder. Durch das rasche Eingreifen einiger beherzter Männer konnte das Feuer jedoch sofort wieder gelöscht und die im Entstehen begriffene Panik verhindert werden. Das Feuer ist vermutlich durch zu starke Einwirkung des Scheinwerfers entstanden. Die Veranstaltung mußte abgebrochen werden.

SCB. **Salach**, OA. Göppingen, 27. Jan. Am Sonntag morgen wurde der 29jährige Flaschner Alois Müller aus Salach in der Nähe der Papierfabrik mit gespaltenem Schädel auf dem Bahnkörper tot aufgefunden. Er hatte sich in der Nacht auf Sonntag von einem Zug überfahren lassen. Noch am Abend hatte er in einem hiesigen Gasthaus Selbstmordabsichten geäußert, doch hatte diese niemand ernst genommen. Die Beweggründe für die Tat dürften in familiären Verhältnissen zu suchen sein.

SCB **Schwenningen a. N.**, 27. Jan. Der neuerliche Einspruch gegen die Wahl des Oberbürgermeisters Dr. Lang v. Langen zum Stadtvorstand in Eßlingen ist, wie die „Neckarquelle" berichtet, durch Rechtskonsulent Riegger erfolgt, der auch als Vertreter des bei der Wahl aufgetretenen Bewerbers Schultheiß Rückert von Baltmannsweiler seinerzeit die Wahl angefochten hatte. Der neuerliche Einspruch ist sowohl für die Stadt Schwenningen als auch für die Stadt Eßlingen bedauerlich, weil die verwaisten Stadtvorstandsstellen dringend eine Besetzung erheischen. Dies schon in Anbetracht des Haushaltsplan für 1930, der vor seiner Aufstellung steht und im Gemeinderat durchberaten werden soll. Aber auch die übrigen laufenden Geschäfte fordern, daß die Stadtvorstandsstelle ein endgültiges Definitivum erhält.

St. Georgen i. Schwarzw., 27. Jan. Von einer stürzenden Tanne wurde die 62 Jahre alte Frau Emilie Sackschwert von hier erschlagen. Beim Tannenzapfensammeln kam die Unglückliche unvorsichtigerweise in den Arbeitsbereich der Holzfäller und wurde von einer plötzlich stürzenden Tanne getroffen. Der Tod trat alsbald ein.

SCB **Ravensburg**, 27. Jan. Die Papierfabrik Mochenwangen sah sich gezwungen, die Zahlungen einzustellen und einen Vergleich mit den Gläubigern anzustreben. Die Gläubigerversammlung findet am 1. Februar in Ulm statt. Der Betrieb wird zur Durchführung eines größeren Auftragsbestandes aufrechterhalten. Es ist zu hoffen, daß im Interesse der Gemeinde Mochenwangen und der zahlreichen Arbeiterschaft, die seit Generationen in der Fabrik ihr Brot findet, der Vergleich zustande kommt.

SCB. **Friedrichshafen**, 27. Januar. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" soll Mitte März seinen Fahrbetrieb wieder aufnehmen und im Mai die Südamerikafahrt zur Ausführung bringen. Die Fahrt nach Amerika dürfte etwa 3 Monate in Anspruch nehmen. Es ist geplant, diese große Fahrt in folgenden Etappen durchzuführen: Erste Etappe Friedrichshafen—Sevilla, zweite Etappe Sevilla—Rio de Janeiro, dritte Etappe Rio de Janeiro—Natal, vierte Etappe Natal—Lakehurst und von dort aus Lakehurst—Friedrichshafen. In das Fahrprogramm sollen auch wieder die beliebten Schweizerfahrten aufgenommen werden.

Die Letzte aus dem Hause Wulffenberg

Roman von Anny von Panhuys

23. Fortsetzung — Nachdruck verboten

Es mußten also Diebe in das frühere Wohnzimmer der Fürstin eingestiegen sein.

Viel zu stehlen gab es da nicht.

Fräulein von Keller atmete schon ruhiger.

Sie überlegte.

Von dem Zimmer aus konnten die Diebe nicht weiter. Es besaß nur eine Tür nach dem Gang und diese Tür war von außen verschlossen.

Fräulein von Keller ward mutiger.

Sie nahm ihren Schirm als Waffe mit sich und öffnete leise ihre T[illegible]r, lauschte hinaus.

Alles war mäuschenstill. Sie steckte eine Kerze an und schlich die Treppe hinauf, klopfte bei der Magd.

Die dicke Sabine war resolut.

„Das wolle mer scho packe!"

Auch sie zündete eine Kerze an und nun huschten die beiden die Treppen hinunter bis ins Erdgeschoß.

Sabine schwang drohend eine alte Elle.

Das Zimmer, in dem sich der Dieb oder die Diebe befinden mußten, war wirklich von außen verschlossen und drinnen rührte sich nichts.

Die beiden Frauen sahen sich halb furchtsam, halb unternehmend an.

„Wollen wir Werkmeister wecken?" schlug Fräulein von Keller vor.

Sabine wehrte energisch ab.

„Blödsinn! Der is kan Diebsvertreiber!" flüsterte sie höchst respektlos zurück. „Mer müsse selbst Kurasch habe!"

Fräulein von Keller reckte die hageren Glieder. Irgendein Ahne von ihr war ein berüchtigter Obrister im Dreißigjährigen Krieg gewesen, wie durfte sie, die seines Blutes war, sich vor einem oder ein paar Einbrechern fürchten.

[illegible] sie ihre Waffe, den Regenschirm, und schloß die Tür auf. Zögernd und doch von Mut geladen, betrat sie, das Licht hochhaltend, das Zimmer. Hinter ihr drein schob sich die dicke Sabine in mehr fragwürdiger Toilette.

Fräulein von Keller wagte das elektrische Licht einzuschalten.

Beide Frauen durchsuchten jeden Winkel, schauten unter das Sofa und hinter den Bücherschrank, doch das Zimmer war leer, niemand befand sich darin. Aber der Fensterladen stand weit offen, die Scheibe war eingestoßen.

Die Frauen wurden noch mutiger. Sie leuchteten zum Fenster hinaus, sahen die Scherben auf dem Mauervorsprung dicht über der Erde aufblitzen, doch es herrschte atemlose Stille, kein Laut war zu vernehmen.

Da zog Fräulein von Keller den Laden zu, befestigte den Riegel sorgfältig und schloß das Fenster. Fröstelnd und erregt gingen die Beiden wieder zur Ruhe.

Am nächsten Morgen fand Fräulein von Keller ein paar sandige Fußspuren im Zimmer, nichts weiter. Sie ließ die Scheibe vom Dorfglaser noch am Vormittag ausbessern und dann schrieb sie einen Bericht an die Prinzessin Rödnitz, schloß: In unserer Gegend weiß man seit langem nichts von Einbrüchen und es ist rätselhaft, was der Dieb in dem Zimmer ihrer hochseligen fürstlichen Durchlaucht gesucht hat. Er kann sich nur ganz kurz darin aufgehalten haben, denn zwischen dem Geräusch der zerbrochenen Scheibe und unserem Eintritt in das von außen verschlossene Zimmer lag kaum eine Spanne von einer Viertelstunde. Es fehlt gar nichts im Zimmer der Hochseligen und wir stehen vor einem Rätsel. Aber der Bürgermeister hat mir geraten, einen großen Hund anzuschaffen und will mir selbst einen guten vierfüßigen Wächter besorgen.

Margarete las den Brief mehrmals. Nach ihrer Ansicht handelte es sich um gar keine Diebstahlsabsicht. Irgendein paar Betrunkene hatten wohl, vom Nachbardorf kommend, den Unfug verübt.

Die Sorge um die Angelegenheit sollte sie wenig beschweren. Viel größer war ihre Sorge, weil ihr Mann so lange fortblieb.

Die Briefe auf seinem Schreibtisch häuften sich an, der Inspektor war schon ganz nervös geworden, da Fragen an ihn herantraten, die nur der Prinz letzten Endes beantworten konnte, und vorhin war gar ein Wechsel von fünftausend Mark vorgezeigt worden. Sie verstand nichts von Wechseln, aber der Inspektor hatte sie ganz verdattert angesehen, als sei das etwas Furchtbares, so ein Wechsel. Es war damit ein Bankbote aus der Kreisstadt dagewesen und der Inspektor hatte lange mit ihm gesprochen.

Zwei Wochen waren jetzt schon vergangen, seit sie den kurzen Briefe erhalten, durch den ihr Mann ihr mitteilte, er sei wegen einer landwirtschaftlichen Maschine in die Nähe von Breslau gereist. Wo aber mochte er sich in Wirklichkeit so lange aufhalten?

Inspektor Jäger war böser Ahnungen voll, alles drohte drunter und drüber zu gehen.

Er hätte am liebsten ganz deutlich mit der Prinzessin darüber gesprochen, aber schließlich hatte er keine Gewißheit, es handelte sich nur um eine Vermutung.

Jedenfalls hatte der Prinz Verpflichtungen, denen er vorläufig auch nicht zum kleinsten Teile gerecht zu werden vermochte.

Und an diesem Tage, da der Wechsel präsentiert wurde, kam endlich Nachricht von dem Gutsherrn.

Margarete sah nach dem Poststempel, entzifferte Berlin. Gott sei Dank, da befand sich Erwin ja ganz in der Nähe und meldete wohl nun sein Kommen.

Sie befand sich im Arbeitszimmer des Prinzen, setzte sich an seinen Schreibtisch, öffnete den Brief, sah vier engbeschriebene Seiten.

So einen langen Brief hatte ihr Mann noch nie an sie geschrieben.

Sie begann zu lesen. Aber je weiter sie kam, desto bleicher ward das schmale junge Gesicht und als sie zu Ende war, legte sie beide Hände vor die Augen, preßte die Lippen fest aufeinander und ein seltsames Gefühl, das gar kein Schmerz war, sondern eher brennender Verachtung glich, erfüllte sie.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Aus Württemberg

Übernahme des Wirtschaftsministeriums durch den neuen Wirtschaftsminister.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Wirtschaftsminister Dr. Maier hat heute sein Amt übernommen. Aus diesem Anlaß versammelten sich die Beamten und Angestellten des Ministeriums. Der bisherige Wirtschaftsminister, Justizminister Dr. Beyerle, verabschiedete sich zunächst von seinen Mitarbeitern im Wirtschaftsministerium. Er gedachte dabei mit besonders herzlichen Worten des aus dem Wirtschaftsministerium ausscheidenden Staatsrats Rau, dem nicht nur die Wirtschaft, sondern das ganze Land für seine hervorragenden Dienste zu großem Dank verpflichtet sei. Dr. Beyerle sprach zum Schluß dem neuen Wirtschaftsminister die besten Wünsche für eine erfolgreiche Amtstätigkeit aus. Wirtschaftsminister Dr. Maier richtete darauf an die Beamten und Angestellten des Ministeriums freundliche Begrüßungsworte. Er bat um vertrauensvolle Zusammenarbeit. Im Anschluß an die Amtsübernahme stattete der neue Wirtschaftsminister dem Landtagspräsidenten einen Besuch ab.

Turnen und Sport

Handball der Turner.

Calw — Wildbad 3:0 für Calw.

Nachdem die von der Deutschen Turnerschaft für die Zeit vom 15. Dezember 1929 bis 15. Januar 1930 festgesetzte Spielsperre abgelaufen ist, wurden am vergangenen Sonntag die Handball-Pflichtspiele der Endrunde fortgesetzt. Die erste Mannschaft des TV. Calw hatte gegen die 1. Elf des TV. Wildbad in Wildbad anzutreten. Das interessante Spiel wurde von Schiedsrichter Faas-Langenbrand geleitet und vom Publikum mit Interesse verfolgt. Der Spielverlauf war folgender:

Calw hat Anspiel und hat sich, trotz der fast durchgreifenden Umstellung seiner Spieler, insbesondere des Sturms, sogleich zusammengefunden. Die ganze Mannschaft, bei der durch die erfahrene Umstellung nirgends eine Schwäche zu finden war, holte alles aus sich heraus, um den Sieg mit nach Hause zu nehmen. Insbesondere konnte der am Sonntag zum erstenmal spielende linke Läufer sehr gut gefallen, der wegen seiner Größe in den gegnerischen Reihen sehr gefürchtet war. Von Anfang an kam ein flottes Tempo ins Spielfeld, und immer wieder war es das gegnerische Tor, das von der Calwer Mannschaft hart bedrängt wurde. Schon in der 9. Minute konnte der Mittelstürmer einen scharfen Schuß ins Wildbader Netz senden, der unglücklicherweise an der Innenseite des rechten Torpfostens abprallte und vom Schiedsrichter nicht (?) gewertet wurde. In der Folgezeit zeichnete sich unsere Mannschaft durch sicheres Ballfassen, kurzes Zuspiel und Täuschungsvermögen aus, so daß Wildbad überhaupt nicht mehr zum Zug kommen konnte. Ein Strafwurf des Calwer Linksaußen führte in der 15. Minute zum 1. Tor. Gleich nach dem Anspiel Wildbads konnte der Rechtsaußen Calws nach vorherigem schönen Flügelspiel in der 18. Minute das 2. Tor für seine Farben buchen. Und schon in der 20. Minute folgte das 3. Tor durch den Halblinken. Daraufhin läßt sich Wildbad zu groben Spielverstößen hinreißen, die vom Schiedsrichter öfter nicht gesehen werden. Calws Mannschaft hat insoweit Pech, als einige scharfe Bälle des schußfreudigen Sturms entweder dem sehr guten Torwart Wildbads direkt in die Hände oder über die Latten geschossen wurden. Mit dem Resultat 0:3 für Calw ging es in die Halbzeit. Von Anfang der 2. Halbzeit an begann ein ganz scharfes Spiel, dem der Schiedsrichter nicht mehr gewachsen war. Alle Vorstöße der Wildbader Stürmerreihe scheiterten an der glänzenden Verteidigung von Calw, die wie immer zur rechten Zeit am rechten Platz stand. In der 39. Minute erhält Calw für ein „Faul" des Mittelläufers im Strafraum einen „13-Meter" zudiktiert. Wildbad hätte nun Gelegenheit gehabt, ein Tor aufzuholen; der Mittelstürmer schießt aber 2 Meter vorbei. Die übrigen aufs Calwer Tor geschossenen Bälle hat der in guter Form und mit beneidenswerter Ruhe spielende Torwart glänzend und sicher abgefangen. Calw konnte noch 2mal erfolgreich sein, aber beide Tore wurden vom Schiedsrichter unverständlicherweise nicht als solche anerkannt. Im übrigen konnten bis zum Schlußpfiff auf beiden Seiten keine weiteren Erfolge mehr erzielt werden. Endergebnis: 3:0 für Calw.

Für das am kommenden Sonntag auszutragende Spiel zwischen den beiden Rivalen Calw und Calmbach in Calmbach, die den ersten bzw. zweiten Tabellenplatz einnehmen, ist der Bezirksleitung zu empfehlen, einen für das schwere Spiel entsprechenden tüchtigen Schiedsrichter zu entsenden.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden	168,34
100 franz. Franken	16,45
100 schweiz. Franken	80,92

Börsenbericht.

SCB. **Stuttgart**, 27. Jan. Das Geschäft lag sehr still, doch konnten die Kurse leicht anziehen.

Produktenbörse und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern E. V.

L.C. Berliner Produktenbörse vom 27. Januar.

Weizen märk. 244—247; Roggen märk. 160—163; Gerste 170—180; dto. 147—158; Hafer märk. 132—142; Mais prompt Berlin 166; Weizenmehl 29,75—35,25; Roggenmehl 22,15 bis 25,10; Weizenkleie 9,75—10,25; Roggenkleie 8,25—8,75; Viktoriaerbsen 23—31; kl. Speiseerbsen 21—24; Futtererbsen 19 bis 20; Peluschken 17,50—19,50; Ackerbohnen 18—19; Wicken 21—24; Lupinen, blaue 14—15; dto. gelbe 15—18; Seradella, neue 25—25,30; Rapskuchen 16,75—17,25; Leinkuchen 21,60 bis 22; Trockenschnitzel 7,20—7,40; Sojaschrot 14,60—14,90; Kartoffelflocken 13,60—14; Speisekartoffeln, weiße 1,70—2,10; dto. rote 1,90—2,30; dto. gelbfl. 2,60—2,90; Reisfuttermehr 8—9. Allg. Tendenz: ruhig.

L.C. Stuttgarter Landesproduktenbörse vom 27. Januar.

Ausl. Weizen (28,75—32,75); Weizen (26—26,50); Gerste (19,50—21); Roggen (19,25—19,50); Hafer (15,50—16); Weizenmehl 41,75—42,25 (41,25—42); Brotmehl 31,75—32,25 (31,50 bis 32); Kleie 8,25—8,75 (8—9); Kleeheu (9—11); Stroh (4,50 bis 5,25).

Viehpreise.

Köngen, O.-A. Eßlingen: Kühe 400—600, Rinder 150 bis 450 M. — Vellberg, O.-A. Hall: Kühe 230—560, Rinder 220 bis 535, Jungvieh 160—220 M.

Schweinepreise.

Blaufelden: Milchschweine 45—57 M. — Gerabronn: Milchschweine 42—60, Läufer 98 M. — Gaildorf: Milchschweine 43—60 M. — Köngen, O.-A. Eßlingen: Milchschweine 35—50, Läufer 90 M. — Niederstetten: Läufer 76—85, Milchschweine 42—60 M. — Winnenden: Milchschweine 40—50, Läufer 70—80 M.

Balingen: Milchschweine 30—53 M. Besigheim: Milchschweine 40—50, Läufer 68—80 M. Bopfingen: Läufer 70—85, Saugschweine 35—47 M. Crailsheim: Läufer 58—105, Milchschweine 40—60 M. Giengen a. Br.: Milchschweine 47—52, Läufer 60—86 M. Ilshofen: Milchschweine 46—60 M. Künzelsau: Milchschweine 42—65 M. Rottweil: Milchschweine 40—50 M. Vaihingen a. F.: Milchschweine 40—55 M.

Ellwangen: Milchschweine 40—50, Läufer 70—85 M. — Güglingen: Milchschweine 34—46, Läufer 60—95 M. — Ravensburg: Ferkel 40—55, Läufer 60—90 M. — Saulgau: Ferkel 45—53, Läufer 64 M. — Kirchheim: Milchschweine 40 bis 60, Läufer 70—90 M.

Fruchtpreise.

Balingen: Haber 8,60 M. Erlozheim: Kerner 13,—; Dinkel 9,—; Weizen 12,— bis 12,30; Roggen 8,50; Haber 7,50; Gerste 10,— M. Giengen a. Br.: Kernen 13,20; Gerste 8,90—9,—; Haber 7,— bis 7,20; Weizen 11,90 bis 12,60 M. Tübingen: Weizen 12,50 bis 13,—; Dinkel 9,— bis 9,50; Gerste 9,80 bis 10,—; Haber 7,50 bis 8,50 M. Winnenden: Weizen 12,50 bis 13,— Haber 7,50—7,80; Dinkel 9,— bis 9,25; Roggen 9,— bis 9,50; Gerste 9,80 bis 10,— M.

Ellwangen: Roggen 9,10—9,40; Gerste 9,80—10, Hafer 8—8,35 M. — Ravensburg: Vesen 9,25—9,50; Weizen 12 bis 12,25; Roggen 9—9,40; Gerste 9,50; Haber 7,50—8,20 M. — Saulgau: Gerste 8,50—9; Hafer 9; Weizen 12,50 M. — Reutlingen: Weizen 12,50—13,50; Dinkel 8—9,30; Kernen 9; Gerste 9,20—10; Haber 7,20—9 M. — Urach: Mischling 9; Weizen 13,20; Dinkel 8—9,40; Roggen 9,60; Gerste 8,40—9,60; Haber 7,50—8,10; Kernen 9,50 M. — Ulm: Weizen 12,50—12,90; Gerste 8,80—9,10; Haber 7—7,40 M.

*

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verkehrskosten in Zuschlag kommen. Die Schriftltg.

*

Deutsche Auswanderung 1929.

Nach einer Zusammenstellung des Statistischen Reichsamts haben in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres 30 844 Deutsche einschließlich der über Amsterdam, Antwerpen oder Danzig abgefahrenen Personen ihr Heimatland verlassen und sind nach Uebersee ausgewandert. Wie sich aus der Aufstellung ergibt, befanden sich unter den Auswanderern rund 25 000 selbständige Personen. Mehr als die Hälfte stammten aus Industrie, Handel oder Verkehr; 19,1 Prozent gehörten land- oder forstwirtschaftlichen Kreisen an, der Rest verteilt sich auf Angehörige der Verwaltung sowie auf freie Berufe. Die obigen Auswanderungsziffern bewegen sich ungefähr auf der Höhe derjenigen des ersten Halbjahres 1928.

Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Das europäische Hochdruckgebiet ist in den letzten Tagen immer mehr abgebaut worden und das Barometer fortgesetzt gesunken. Aber auch die nordwestliche Depression hat sich abgeschwächt und in mehrere Teile aufgelöst. Unter diesen Umständen dürfte für Mittwoch und Donnerstag zwar mehrfach bedecktes, aber noch vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten sein.

Amtliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche in Tannmühle Gde. Schömberg ist erloschen. Die anläßlich dieses Seuchenfalles angeordneten Schutzmaßnahmen werden mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Ferner sind aufgehoben die anläßlich der Seuchenfälle in Aidlingen und Pforzheim angeordneten Maßnahmen mit Ausnahme derjenigen für die Seuchengehöfte in Aidlingen und Pforzheim selbst. Die Gemeindebehörden werden ersucht, für geeignete Bekanntmachung Sorge zu tragen.

Calw, den 27. Januar 1930.

Oberamt: Rippmann.

Gemeinde Darmsheim

Oberamt Böblingen.

Laubstamm-holz-Verkauf.

Am **Montag, den 3. Februar 1930,** kommt im Gemeindewald zum Verkauf:

Eichen einschl. Abschnitte: (87 Stück) Fm. 5,02 I., 18,26 II., 9,80 III., 8,51 IV., 7,95 V., 0,67 VI. Klasse;

Buchen: (71 Stück) Fm. 7,15 I., 17.43 II., 29,46 III., 7,16 IV., 0,37 V. Klasse.

Weißbuchen: (44 Stück) Fm. 5,30 IV., 7,49 V. Klasse.

Birken: (10 Stück) Fm. 0,56 IV., 2,48 V. Kl.

Linden: (2 Stück) Fm. 2,21 II. Klasse.

Kirschbaum: (2 Stück) Fm. 0,86 IV., 0,53 V. Klasse.

2 Eschen, einige **eschene Stangen** sowie eine Anzahl **Baustangen.**

Forchen: 11 Stück mit zusammen 5,06 Fm. III.—IV. Klasse.

Fichte: 11 Stück mit zusammen 3,03 Fm V. und VI. Klasse.

Maßholder: (3 Stück) 0,59 Fm. V. Klasse.

Liebhaber sind freundlichst eingeladen.
Auszüge durch das Schultheißenamt.
Abgang vormittags 11 Uhr vom Rathaus.

Schultheißenamt: Braun.

Gärtringen (Gäubahn)

Nadelstamm-holz-Verkauf.

Am **Montag, den 3. Februar 1930,** kommen aus dem hiesigen Gemeindewald zum Verkauf:

Forchen: Langholz 118 Stück mit Fm. 21 I., 91 II., 37 III., 4. IV. und 2 V.

Sägholz 14 Stück mit Fm. 2 I., 6 II., 5 III. und 2 IV.

Fichten: Langholz 22 Stück mit Fm. 10 I., 17 II., 5 III., 3 IV.

Zusammenkunft vormittags 3/4 10 Uhr beim Waldhorn, 10 Uhr an der Kreuzung Deckenpfronnerstraße und Dachtlermersträßchen.

Auszüge auf Bestellung durch Förster Steinat hier.

Gemeinderat.

Landw. Bezirksverein Calw

Wir haben auf Lager:

Thomasmehl	Leinmehl
Kalisalz	Erdnußkuchenmehl
Kainit	Sojaschrot
Nitrophoska	Mais
Kalkstickstoff	Maismehl
Kohlensaurer Düngekalk	Koch- und Viehsalz
Aetzkalk	Dorschmehl
Weizen	Schnellmastfutter
Roggen	Futterkalk
Gerste	Viehlebertran
Hafer	Vogelfutter

Bestellen Sie das Calwer Tagblatt

Calw

Zwangsversteigerung

Am **Mittwoch, den 29. Januar. vorm. 10 Uhr** versteigere ich unter dem Rathaus im Wege der Zwangsvollstreckung gegen bar:

Zirka 400 St. Calwer Ansichtspostkarten, klein. Quantum Seife Seifenpulver, Putzmittel (Ata 2c.) Fliegenfänger, Kurzwaren, Verkaufsdüten

Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw
Madel.

Morgen Mittwoch abd. 8 Uhr

Frauen-besprechungsabend

im Vereinshaus, Bachsaal.

Empfehle mich in der **Anfertigung** eleganter

Damenkleider und -Mäntel

nach Maß.

Hilde Moser,
Damenschneiderin,
Althengstett,
Nebenhaus Karl Straile Kaufmann.

Eine zum zweitenmal 34 Wochen trächtige

Kuh

verkauft

Gotthilf Weiß,
Althengstett.

Landw. Bezirksverein Calw

Am **Sonntag, 2. Februar, nachmittag 2½ Uhr,** findet im Saal von **Gottl. Weiß hier** die

Hauptversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden.
2. Rechenschafts- und Kassenbericht.
3. Revisionsbericht.
4. **Vortrag von Generalsekretär Hummel in Stuttgart über wirtschaftspolitische Tagesfragen.**
5. **Vortrag von Veterinärrat Pfeiffer über Tuberkulosebekämpfung.**
6. Austeilung der Preise für Felderprämilerung.
7. Gratisverlosung.
8. Wünsche und Anträge.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

der Vorsitzende: W. Dingler.

Gutgehender Industriebetrieb **sucht** aus privater Hand geg. erste Hypothekensicherheit

10000 Mk.

aufzunehmen. Pünktl. Zinszahlung wird garantiert.

Eilangebote unter **W. 21** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Naturhaar-Zöpfe

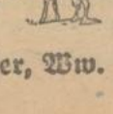
von Mk. 4.— an in allen Farben.

Friseur Odermatt

Stammheim

Zwei trächtige

Ziegen



zu verkaufen.

Kath. Ritter, Ww.

Täglich frische Tafelbutter

Fr. Lamparter

Prima

Sauerkraut

empfiehlt

Chr. Hägele

Interessengemeinschaft

vermittelt schnell

Haus- u. Geschäfts-Verkäufe

jeder Art, ebenso

Kapital

für alle Zwecke gegen Sicherheit.

Anfragen erbeten an Postfach **25 Bad Liebenzell.**